

Gesundheitsversorgung | 24.09.2024 | Nr. 255/24

Hauke Hansen und Andrea Tschacher: Regierungstragende Fraktionen beantragen Sondersitzung des Sozialausschusses zu Johanniter-Standort Geesthacht

Der Antrag auf Eröffnung des Insolvenzverfahrens für die Johanniter Medizinisches Versorgungszentrum Geesthacht GmbH und die Anträge auf Eröffnung von Insolvenzverfahren in Eigenverwaltung für die Johanniter-Krankenhaus Geesthacht GmbH sowie für die Johanniter Geriatrie und Seniorenzentrum Geesthacht GmbH haben die Region erschüttert. Die Landtagsabgeordneten Hauke Hansen, gesundheitspolitischer Sprecher, und Andrea Tschacher, die lokale Landtagsabgeordnete, erklären hierzu:

„Mit großer Besorgnis haben wir die Nachricht von der Insolvenz des Johanniter-Standortes Geesthacht vernommen. Der Standort Geesthacht ist essenziell für die Gesundheitsversorgung der Menschen in der Region. Diese Entwicklung ist ein harter Schlag ins Gesicht für alle, die hier täglich für die Gesundheit der Patientinnen und Patienten arbeiten. Hier gibt es keine faulen Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter, die den Betrieb in Schieflage gebracht haben: Die aktuell nicht auskömmliche Finanzierung der Klinikleistungen ist das Problem. Ein Großteil aller Krankenhäuser erzielen rote Zahlen. Es ist logisch, dass die Träger das nicht dauerhaft ausgleichen können und es so zu Insolvenzverfahren kommt,“ so die beiden Landtagsabgeordneten.

Bemerkenswert: Noch im November letzten Jahres besuchte Bundesgesundheitsminister Karl Lauterbach das Johanniter-Krankenhaus Geesthacht. Er hob hervor, dass Einrichtungen wie Geesthacht von der geplanten Krankenhausreform profitieren würden, insbesondere durch eine bessere Abdeckung der Vorhaltekosten. Gleichzeitig stellte er in Aussicht, dass kleine, bedarfsnotwendige Krankenhäuser wie das Johanniter-Krankenhaus Geesthacht eine Zukunftsperspektive erhalten könnten.

„Leider hat das aber nicht geholfen, dass Krankenhaus musste nun Insolvenz anmelden. Die Länder haben den Bund mehrfach aufgefordert, eine auskömmliche Übergangsfinanzierung bis zur Umsetzung und Wirkung der Reform zu gewährleisten. Die Insolvenz des Krankenhauses Geesthacht ist ein weiterer trauriger Beleg für die Richtigkeit und Dringlichkeit dieser Forderung“, so Hansen.

„Die geplante Krankenhausreform ist grundsätzlich ein Schritt in die richtige Richtung, benötigt jedoch umfassende Anpassungen. Eine verlässliche Übergangsfinanzierung

ist entscheidend, um unkontrollierte Klinikschließungen zu verhindern und die medizinische Versorgung in Flächenländern wie Schleswig-Holstein aufrechtzuerhalten,“ so Tschacher.

Der Verlauf der beantragten Insolvenzverfahren bleibt abzuwarten. Wie sich der Geschäftsbetrieb aller Einrichtungen sowie die Versorgung der Patientinnen und Patienten, Bewohnerinnen und Bewohner weiterentwickeln, wird von den kommenden Gesprächen und Entscheidungen abhängen.

Antrag auf Sondersitzung des Sozialausschusses gestellt

Um die Situation in Geesthacht umfassend zu erörtern, haben die regierungstragenden Fraktionen des Landtages eine Sondersitzung des Sozialausschusses beantragt. „Wir nehmen die Lage sehr ernst,“ erklärten die Abgeordneten.

Die CDU-Fraktion hat darum gebeten, dass in der Sitzung auch Vertreter des Gesundheitsministeriums und der betroffenen Einrichtungen, sowie Vertreter der Träger und der zukünftigen Insolvenzverwaltung anwesend sind, um über die aktuellen Entwicklungen und mögliche Sanierungsperspektiven direkt zu berichten.

„Wir werden nichts unversucht lassen, um die gute Gesundheitsversorgung in der Region langfristig zu gewährleisten und wissen bei dieser Aufgabe die lokalen Verantwortungsträger an unserer Seite,“ betonten Andrea Tschacher und Hauke Hansen abschließend.

Die Sondersitzung soll am Donnerstag (26.09.2024) stattfinden.